

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
18. Wahlperiode

Drucksache 18/
07.05.2012

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU

Energiewende erfolgreich gestalten – Offshore-Windenergie unterstützen!

Die Bundesregierung hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2050 80 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu gewinnen und gleichzeitig die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zu reduzieren. Die natürlichen Bedingungen im Nordwesten Deutschlands bieten dafür die besten Voraussetzungen, denn die Gewinnung von Strom aus Windenergie wird einen maßgeblichen Beitrag zur Energiewende leisten. Einerseits werden die Wirtschaftsstandorte – insbesondere in Niedersachsen und Bremen – davon stark profitieren. Andererseits zählt die Energieversorgung zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Der Nordwesten Deutschlands hat sich bereits über die Landesgrenzen hinweg als ein Kompetenzzentrum in der Windenergiebranche etabliert. Diesen Standortvorteil gilt es auszubauen, um die Potenziale für die Wirtschaft auszuschöpfen und weitere Arbeitsplätze in der gesamten Region zu schaffen. Prognosen gehen davon aus, dass im Jahr 2021 mehr als 33.000 Arbeitsplätze von der Offshore-Windkraft abhängen, das sind rund 18.000 mehr als 2010. Wichtig ist es, die Region zu stärken, damit sich der Nordwesten der internationalen Konkurrenz gegenüber behaupten kann.

Im Zuge der Energiewende werden zahlreiche Entscheidungen zu treffen sein, die nur von einer Mehrheit – politisch wie gesellschaftlich – getragen werden können. Der derzeitige breite Konsens in Politik und Gesellschaft muss daher genutzt werden, um die Energiewende zu beschleunigen. Jetzt besteht die einmalige Chance, die Energieversorgung ökologisch, ökonomisch und sozial zu gestalten. Die beschleunigte Energiewende erfordert daher über die Landesgrenzen hinweg ein noch besseres und breiter angelegtes Zusammenspiel von Forschung, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung beim Um- und Ausbau unserer Energieversorgung und der Versorgungsnetze.

Die Pläne der Bundesregierung sehen vor, dass bis zum Jahr 2020 rund 10.000 Megawatt Offshore-Windenergie in der deutschen Nord- und Ostsee installiert werden. Die Verbesserung der EEG-Vergütung für Offshore-Anlagen, das KfW-Kreditprogramm und die verbindliche Planung eines Offshore-Netzplans für die Sammelanbindungen sind wichtige Voraussetzungen, um aus der Offshore-Windenergie ein Erfolgsmodell zu machen. Damit der Ausbau der Offshore-Windenergie unvermindert fortgesetzt werden kann, benötigt die Branche weitere Unterstützung vom Bund.

Vor diesem Hintergrund möge die Bremische Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bremischen Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

1. der Bund das (Haftungs-) Risiko im Bereich des seeseitigen Netzausbaus übernimmt, da Störungen bei der gebündelten Stromspeisung ein nicht oder nur schwer zu versicherndes finanzielles Risiko bergen.
2. der Bund für den Netzanschluss ein gesondertes KfW-Kreditprogramm auflegt, weil die Produktion von Energie auf See, aufgrund des mangelnden Netzanschlusses der Windparks, aktuell ins Stocken zu geraten droht. Dies liegt insbesondere an der für die Betreiber schwierigen Finanzierung der aufwendigen Anschlüsse.
3. der Bund ein gesondertes KfW-Kreditprogramm für den Spezialschiffbau auflegt, da der fristgerechte Ausbau ohne entsprechende Spezialschiffe zur Errichtung und Wartung der Offshore-Windenergieanlagen gefährdet ist.
4. keine zusätzlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an Land für den Ausbau der Windenergie in der Nordsee ausgewiesen werden müssen, damit nicht die Akzeptanz für die Offshore-Windenergie vermindert und die Kosten nicht weiter steigen.
5. der Ausbau der Offshore-Windenergie im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gebündelt wird, denn diese äußerst komplexe Herausforderung bedarf koordinierter Entscheidungen durch ein Ministerium auf Bundesebene.

Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU